

Stand: 31.12.2025 19:46:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3862

"Haushaltsplan 2015/2016; hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime (Kap. 12 08 neue TG)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3862 vom 30.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4604 des HA vom 14.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4773 vom 10.12.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014 (EPL 12)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Klaus Adelt, Florian von Brunn, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Herbert Woerlein SPD**

**Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische
Tierschutzvereine an Tierheime
(Kap. 12 08 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

In Kap. 12 08 wird eine neue TG (Förderung von Tierschutzvereinen) eingeführt.

Unter dieser neuen TG wird ein neuer Tit. (Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime) für das Haushaltsjahr 2015 mit Mitteln von 500,0 Tsd. Euro und für das Haushaltsjahr 2016 ebenfalls mit Mitteln von 500,0 Tsd. Euro ausgebracht.

Begründung:

Die bayerischen Tierschutzvereine brauchen Hilfe. Sie sind bei der Übernahme öffentlicher Ordnungsaufgaben allein gelassen, obwohl sie in ihren Tierheimen öffentliche Aufgaben übernehmen und auch mit hohem ehrenamtlichem Engagement der öffentlichen Hand weitaus höhere Kosten ersparen. Die bayerischen Tierschutzheime benötigen dringend über den Rahmen der normalen Betriebsführung hinausgehende finanzielle Unterstützung, speziell für notwendige Instandsetzungs- und Sanierungsarbeiten sowie unabwendbare Investitionen.

Schon wenige tausend Euro helfen dem einzelnen Tierheim oft, um die Hundezwinger den gesetzlichen Bestimmungen und Hygieneanforderungen anzupassen, die Heizung im Hundezwinger bzw. im Tierheim zu erneuern, ein Dach abzudichten, einen neuen Boden zu verlegen, neue Ausläufe anzulegen, erforderliche Arbeiten an Wasser- und Abwasserversorgung vorzunehmen, das unbrauchbar gewordene Tierhilfsauto zu ersetzen, die uralte Profiwaschmaschine auszutauschen und vieles mehr. Angesichts hoher und

zunehmend ansteigender laufender Betriebs- und Energiekosten sind solche Maßnahmen und nicht vorhersehbare Ausgaben für die meisten Tierheime allein kaum zu schultern. Der Freistaat muss hier seine Verpflichtung wahrnehmen, zumal nach unabhängigen Studien die Tierheime mit der Aufnahme von Fund- und beschlagnahmten Tieren rund 80 Prozent ihrer Arbeitsleistung für von der öffentlichen Hand übernommene Aufgaben aufbringen und die Anzahl der aufzunehmenden Tiere tendenziell immer höher wird.

Mehr Aufgaben, weniger Geld – auf diesen Nenner lässt sich die aktuelle Situation der bayerischen Tierschutzvereine (alleine beim Deutschen Tierschutzbund, Landesverband Bayern e.V. 115 Tierschutzvereine mit 74 Tierheimen und etwa 120.000 Mitgliedern) bringen. Die Tierschutzvereine als Träger der Tierheime leiden unter einer sinkenden Spendenbereitschaft ebenso wie unter einem Anstieg der aufzunehmenden Tiere.

Die Gründe für die vermehrten Anforderungen an die Tierheime sind vielfältig: Eine Vielzahl von Hundewelpen, die illegal aus osteuropäischen Ländern eingeführt werden und nach einer Beschlagnahmung häufig schwer krank in den Tierheimen landen und intensive medizinische Betreuung benötigen. Ebenso die immer häufiger auftretenden Fälle des krankhaften Tiersammelns (Animal Hoarding), bei denen eine große Anzahl kranker und verwahrloster Tiere beschlagnahmt und ins Tierheim verbracht werden muss. So genannte „Kampfhunde“ („Listenhunde“), die in großer Zahl in den Tierheimen „abgestellt“ und zu Dauergästen werden, weil sie deutschlandweit aufgrund der geltenden Landesgesetzgebungen häufig nur schwer vermittelt werden können und die Haltung der Tiere häufig mit Auflagen versehen ist. Angebliche oder tatsächliche Allergien der Besitzer auf ihre Tiere treten häufiger auf. Eine große Zahl von Hartz-IV-Empfängern kann sich Futter und Tierarzt für ihre Tiere nicht mehr leisten. Eine Vielzahl von Exoten wird ohne Erlaubnis und Prüfung der Sachkunde übers Internet „ins Land gespült“; unkundiges Personal in den Tierabteilungen von Bau- und Gartenmärkten, dessen fehlende Sachkunde gerade bei Kleintieren unerwünschten Nachwuchs bringt, der dann im Tierheim landet; aus Mitleid aus dem Süden und Osten mitgebrachte Hunde und Katzen, die ins Tierheim kommen, weil sie z.T. an das Leben in einer Familie in Deutschland nicht gewöhnt sind und daher Schwierigkeiten im Alltag auftreten. Diese Tiere sind auf die Hilfe der Tierheime angewiesen.

Geschätzt mehr als 50.000 Tiere jährlich werden in den bayerischen Tierheimen aufgenommen, untergebracht, gefüttert, betreut, medizinisch versorgt, gesund gepflegt und wieder an geeignete Familien vermittelt. Dabei sind Aufnahme und Betreuung von Fundtieren und herrenlosen Tieren eine öffentliche Aufgabe der Kommunen. Letztere steuern aber nur – je nach Tierheim – zwischen 15 und 30 Prozent der

tatsächlichen Futter- und Tierarztkosten bei. Finanzielle Hilfen für den Bau und Erhalt der Tierheime gewährt das Land Bayern – im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern – überhaupt nicht. Es stehen lediglich geringfügige Mittel für die Reptilienauffangstation und den Bayerischen Tierschutzpreis im Haushalt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016 Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Berichterstatter: **Martin Bachhuber**
Mitberichterstatter: **Alexander Muthmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- Bei Kap. 12 03 (Verbraucherschutz und Verbraucherinformation) wird der Ansatz bei Tit. 686 01 (Förderung der Verbraucheraufklärung) in 2015
von 2.961.000,--€
um 100.000,--€
auf 3.061.000,--€
und in 2016
von 3.037.600,--€
um 100.000,--€
auf 3.137.600,--€
erhöht.
- Bei Kap. 12 04 (Besondere Fachaufgaben – Naturschutz, Erholung, Umweltschutz) wird der Ansatz bei Tit. 685 72 (Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes, der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und der Bezüge zur Bionik) für 2015
von 23.680.900,--€
um 200.000,--€
auf 23.880.900,--€
erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 12 77 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

- Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Verbraucheraufklärung (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3976
- Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Naturschutz und Landschaftspflege - Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes, der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und Bezüge zur Bionik (Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/3977

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

- Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ) in Bayern (Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/4030

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung ausbauen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3849
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3850
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung im Pflegebereich endlich ermöglichen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3851
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherschutz - Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts- und Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3856
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucherschutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3848
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3857
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung des Biberfonds
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 17/3852
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 3 Millionen Euro mehr für den Schutz der Natura 2000 Gebiete
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/3858
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes, der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und der Bezüge zur Bionik
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/4031
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/4032
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse an Naturparkvereine
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/3853
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/3859

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Artenschutz und Biodiversität
(Kap. 12 04 TG 71 - 72)
Drs. 17/3860
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Härtefallbudget für Kommunen zur Unterbringung und Pflege von Fundtieren
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/3881
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzmittel für die Kastration und Kennzeichnung freilebender Katzen
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/3861
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/3862
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unbefristete Stellen: Kormoranbeauftragte
(Kap. 12 09 Tit. 428 73)
Drs. 17/3854
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 09 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 17/4033
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 17/4034
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/3855
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstetigung von 50 Stellen für Wasserwirtschaftsämter zur Bewältigung der Folgen des Hochwassers 2013
(Kap. 12 77 Tit. 428 70)
Drs. 17/3863
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sicherung der Wasserversorgung und Schutz des Grundwassers
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/4035
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zum Bau von Trinkwasserbrunnen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97 und 887 97)
Drs. 17/4036

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zum Bau von Abwasseranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 887 98 und 893 98)
Drs. 17/4037

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 12 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 12 in seiner 49. Sitzung am 14. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2015/2016

zum

Entwurf des Einzelplans 12

Staatsministerium für Umwelt
und Verbraucherschutz

12 77 Wasserwirtschaftsämler

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Baumaßnahmen				
780 00- 9 623	Baumaßnahmen an Gewässern erster Ordnung und an Grenzgewässern sowie sonstige Ausbau- verpflichtungen <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 01, 892 03, TG 83, 12 09 TG 83 und gegenseitig de- ckungsfähig mit 786 00, 787 00, 883 01, 883 02, 883 03, TG 90, TG 93 und 12 04/892 02. Einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 97 bis zu 2.000,0 Tsd. €, 789 01, 789 02, 789 03, 785 79 und 12 04 TG 71-72. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei TG 51. Die Ansätze werden aus 08 04/887 71 verstärkt. Erstattungen aus dem Epl. 03B im Zusammen- hang mit Hochwasserfreilegungsmaßnahmen an der Donau dürfen von den Ausgaben abge- setzt werden. Die in der Anlage C aufgeführten Titel der Gruppen 780 bis 785 sind gegenseitig de- ckungsfähig. Bei diesen Titeln können Einspa- rungen bei einer Maßnahme im Rahmen der ausgewiesenen Gesamtbaukosten zu Mehraus- gaben bei einer anderen Maßnahme verwendet werden. Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 19.200,0 Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 19.200,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 31.514,4 B	31.514,4	A 31.514,4 B	31.514,4
	Gesamtausgaben	A 352.021,7 B -	352.021,7	A 344.988,7 B -	344.988,7

12 77

Wasserwirtschaftsämler

Erläuterungen

Zu 12 77/780 00

Ausbringung eines neuen Deckungsvermerks zu 12 04/892 02 und TG 71 - 72 zur gemeinsamen Finanzierung des LIFE-Projekts "Flusserlebnis Isar" aus EU-Mitteln, Fachmitteln des Naturschutzes und der Wasserwirtschaft.

12 77 Wasserwirtschaftsämler

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015		Neuer Betrag 2015	A Bisheriger Betrag 2016	
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
	Abschluss					
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A 36.000,0 B -	36.000,0	A 36.000,0 B -	36.000,0	
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 3.290,0 B -	3.290,0	A 3.290,0 B -	3.290,0	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 6.421,3 B -	6.421,3	A 6.421,3 B -	6.421,3	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuwei- sungen und Zuschüssen für Investitionen, beson- dere Finanzierungseinnahmen	A 36.257,0 B -	36.257,0	A 27.257,0 B -	27.257,0	
	Gesamteinnahmen	A 81.968,3 B -	81.968,3	A 72.968,3 B -	72.968,3	
	Personalausgaben	A 118.007,7 B -	118.007,7	A 119.974,7 B -	119.974,7	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 12.532,7 B -	12.532,7	A 12.532,7 B -	12.532,7	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 2.100,0 B -	2.100,0	A 2.100,0 B -	2.100,0	
	Baumaßnahmen	A 166.333,4 B -	166.333,4	A 157.333,4 B -	157.333,4	
	Sonstige Sachinvestitionen	A 3.490,4 B -	3.490,4	A 3.490,4 B -	3.490,4	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 49.557,5 B -	49.557,5	A 49.557,5 B -	49.557,5	
	Gesamtausgaben	A 352.021,7 B -	352.021,7	A 344.988,7 B -	344.988,7	
	Zuschuss	A 270.053,4	270.053,4	A 272.020,4	272.020,4	

Epl. 12 Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015		Neuer Betrag 2015	A Bisheriger Betrag 2016	
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
	Abschluss Epl. 12					
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A 36.000,0 B -	36.000,0	A 36.000,0 B -	36.000,0	
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 22.616,0 B -	22.616,0	A 22.465,8 B -	22.465,8	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 34.610,4 B -	34.610,4	A 22.588,9 B -	22.588,9	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuwei- sungen und Zuschüssen für Investitionen, beson- dere Finanzierungseinnahmen	A 54.044,8 B -	54.044,8	A 45.074,1 B -	45.074,1	
	Gesamteinnahmen	A 147.271,2 B -	147.271,2	A 126.128,8 B -	126.128,8	
	Personalausgaben	A 428.462,8 B -	428.462,8	A 442.392,5 B -	442.392,5	
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 100,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 120,0</i>					
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 80.265,3 B -	80.265,3	A 82.337,2 B -	82.337,2	
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 3.305,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 3.305,0</i>					
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 65.843,6 B -	65.843,6	A 66.288,2 B -	66.288,2	
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 29.705,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 34.105,0</i>					
	Baumaßnahmen	A 171.220,0 B -	171.220,0	A 164.200,5 B -	164.200,5	
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 89.538,7</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 91.826,1</i>					
	Sonstige Sachinvestitionen	A 10.391,5 B -	10.391,5	A 10.400,4 B -	10.400,4	
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 1.815,5</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 1.650,0</i>					
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 98.015,3 B -	98.015,3	A 98.015,3 B -	98.015,3	
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 44.400,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 21.000,0</i>					
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 784,8 B -	784,8	A 814,1 B -	814,1	
	Gesamtausgaben	A 854.983,3 B -	854.983,3	A 864.448,2 B -	864.448,2	
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 168.864,2</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 152.006,1</i>					
	Zuschuss	A 707.712,1 B -	707.712,1	A 738.319,4 B -	738.319,4	



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 12 werden abgelehnt:

Drs. 17/4604

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucherschutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3848
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung ausbauen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3849
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3850
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung im Pflegebereich endlich ermöglichen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3851

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung des Biberfonds
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 17/3852
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse an Naturparkvereine
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/3853
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unbefristete Stellen: Kormoranbeauftragte
(Kap. 12 09 Tit. 428 73)
Drs. 17/3854
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/3855
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Härtefallbudget für Kommunen zur Unterbringung und Pflege von Fundtieren
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/3881

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherschutz – Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts- und Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3856
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3857
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 3 Millionen Euro mehr für den Schutz der Natura 2000-Gebiete
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/3858
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/3859
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Artenschutz und Biodiversität
(Kap. 12 04 TG 71 - 72)
Drs. 17/3860
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzmittel für die Kastration und Kennzeichnung freilebender Katzen
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/3861
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/3862
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstetigung von 50 Stellen für Wasserwirtschaftsämter zur Bewältigung der Folgen des Hochwassers 2013
(Kap. 12 77 Tit. 428 70)
Drs. 17/3863
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ) in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/4030
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes, der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und der Bezüge zur Bionik
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/4031
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/4032

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasser-
rahmenrichtlinie
(Kap. 12 09 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 17/4033
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 17/4034
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sicherung der Wasserversorgung und
Schutz des Grundwassers
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/4035

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zum Bau von Trinkwasser-
brunnen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97 und 887 97)
Drs. 17/4036
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zum Bau von Abwasseranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 887 98 und 893 98)
Drs. 17/4037

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Bachhuber

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Herbert Woerlein

Abg. Benno Zierer

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Florian von Brunn

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Rosi Steinberger

Staatsministerin Ulrike Scharf

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3976 und 17/3977)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3856 mit 17/3863)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3848 mit 17/3855 sowie 17/3881)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4030 mit 17/4037)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 25 Minuten, auf die SPD-Fraktion 16 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 12 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 25 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/3852 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich gehe davon aus, dass auch zum Einzelplan insgesamt wieder namentliche Abstimmung beantragt ist. Nun eröffne ich die Aussprache. Unser erster Redner ist Herr Kollege Martin Bachhuber. Bitte schön.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 12 beweist, dass sich der Freistaat Bayern auch weiterhin seiner Verantwortung für Natur, Umwelt und Verbraucher bewusst ist, und er handelt danach. Der Einzelplan 12 ist ein Abbild des Doppelhaus-

halts 2015/2016, der auf finanzpolitische Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Nachhaltigkeit ist ohnehin das Stichwort, wenn wir uns über Inhalte des Einzelplans 12 unterhalten; denn Nachhaltigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht nur aus ökologischer Sicht erstrebenswert.

Nachhaltigkeit ist ein Handlungsprinzip zur Ressourcennutzung, bei dem die Bewahrung der wesentlichen Eigenschaften, der Stabilität und der natürlichen Regenerationsfähigkeit des jeweiligen Systems, im Vordergrund steht. Die natürliche Regenerationsfähigkeit eines Systems ist für mich ein ganz wesentlicher Punkt, und zwar deshalb, weil auch ein Finanzsystem nur dann dauerhaft funktioniert, wenn es sich quasi von selbst regenerieren kann. Bei den Finanzen verhält es sich wie bei der Umwelt: Der Mensch hat in der Vergangenheit hier wie dort häufig zu sehr negativ eingegriffen, sodass eine Selbstregulierung in vielen Fällen nicht mehr möglich ist. Wer aber ist das Regulativ? – Das Regulativ sind wir, die Politik. In unserer Macht steht es, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die der Selbstregulierung jenen Raum bereiten, den sie braucht, um gewissermaßen jenen Zustand wieder zu erreichen, der ihr von den Naturgesetzen zugeordnet ist. Deshalb macht es eigentlich keinen Unterschied, ob wir ein neues Landschaftsschutzgebiet oder einen neuen Nationalpark ausweisen

(Zuruf von der SPD: Das ist eine sehr interessante Feststellung!)

oder ob wir in der Finanzpolitik mit wohl durchdachten Eingriffen dafür sorgen, dass unser Gemeinwesen auch in den nächsten Generationen noch funktionieren kann. Was bringt es uns denn, wenn wir auf Teufel komm raus Schulden machen, wie es die Länder um uns herum tagtäglich tun, und am Ende unseren Kindern und Enkeln eine Schuldenlast hinterlassen, sodass sie nicht einmal mehr die Zinsen bezahlen, geschweige denn die Schulden zurückzahlen können? -

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Politik ist nur dann gut, wenn sie das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Bereichen anwendet. Genau das tut die Bayerische Staatsregierung, und genau das tut sie mit dem Einzelplan 12 für den Geschäftsbe-

reich des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz. Dieser Einzelplan ist von vorne bis hinten von dem Gedanken der Nachhaltigkeit und dem Bewusstsein gekennzeichnet, dass wir unserer Umwelt und Natur jene Unterstützung von Menschenhand zuteil werden lassen, die sie zur Selbstregulierung braucht.

Natürlich mag an dieser Stelle der eine oder andere nachhaken und fragen: Wenn dies alles so stimmt, warum senkt ihr dann die Ausgaben im Einzelplan 12 im Jahr 2015 um rund 24 Millionen Euro, und warum erhöht ihr die Ausgaben im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2015 gerade einmal um 9,5 Millionen Euro? – Das ist leicht zu erklären: Das Absinken der Ausgaben im kommenden Jahr ist nicht auf eine willkürliche Sparpolitik zurückzuführen, sondern hat handfeste Gründe. Der Ausgabenrückgang im Jahr 2015 ist vor allem auf einen Grund zurückzuführen, über den wir doch, ehrlich gesagt, alle sehr froh sind: Bayern ist in diesem Jahr von einer neuerlichen Flutkatastrophe verschont geblieben. Das bedeutet, dass wir die 35 Millionen Euro, die wir im Jahr 2014 für die Beseitigung der Schäden des Hochwasserereignisses des Jahres 2013 eingesetzt haben, nicht mehr aufgeführt haben.

Demgegenüber enthält dieser Doppelhaushalt 2015/2016 spürbare Ausgabenerhöhungen in folgenden wichtigen Bereichen: Für Natur- und Landschaftspflege stehen in beiden Jahren insgesamt über 6 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Das Klimaprogramm 2015 wird um 700.000 Euro erhöht. Somit stehen 2015 und 2016 je 22 Millionen Euro und somit in den Jahren 2015 und 2016 zusammen 44 Millionen Euro für das Klimaprogramm zur Verfügung. Die Förderung der Einrichtung von Umweltstationen wurde um knapp 2,6 Millionen Euro auf somit 4,1 Millionen Euro erhöht. Damit können neue Einrichtungen gefördert werden und bestehende Umweltstationen gegebenenfalls hinsichtlich der Finanzausstattung leicht unterstützt werden. Die Mittel für den Verbraucherschutz und Verbraucherinformation werden in 2015 ebenfalls um 450.000 Euro erhöht. Für die Umsetzung der 16. AMG-Novelle im Bereich Tiergesundheit, gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit stehen 2015 zusätzliche Mittel von einer Million Euro und 2016 von weiteren 500.000 Euro zur Verfügung.

Was mir an diesem Einzelplan besonders gefällt, ist, dass im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege zusätzliche Mittel von 2,5 Millionen Euro in 2015 und 3,7 Millionen Euro in 2016 gewährt werden. Die bisherigen Mittel des Naturschutzfonds werden nahezu unverändert mit knapp 2,5 Millionen Euro ebenfalls zu den Fachmitteln des Naturschutzes und der Landschaftspflege umgesetzt. Sie dienen künftig nach dem Wegfall von EU-Mitteln zum 31. März 2015 unter anderem der Finanzierung der bewährten Gebietsbetreuer und werden der Stiftung "Bayerischer Naturschutzfonds" zugewiesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich als Haushälter noch kurz bei den Zahlen bleiben, und zwar deshalb, weil es einfach deutlich macht, dass der Einzelplan 12 keinen wichtigen Bereich ausspart oder vernachlässigt, sondern im Gegenteil alle Bereiche mit jenen Mitteln ausstattet, die erforderlich sind.

So werden etwa zusammen mit EU- und GAK-Mitteln sowie Mitteln Dritter und der Abwasserabgabe Investitionen für den Hochwasserschutz von jährlich 150 Millionen Euro ermöglicht. Für die Förderung der kommunalen Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen stehen insgesamt knapp 88 Millionen Euro bereit.

Darüber hinaus werden die Mittel für Verbraucherschutz und Verbraucherinformation in 2015 um 400.000 Euro und in 2016 um noch einmal 100.000 Euro erhöht. Dadurch wird eine angemessene Ausstattung von Verbraucherschutzverbänden für den Bereich Rechtsdurchsetzung, Ausbau des Verbraucherschutzportals und von Verbraucherschutzangeboten ermöglicht. Beim gesundheitlichen Verbraucherschutz und der Lebensmittelsicherheit bleibt der Ansatz von 1,6 Millionen Euro für das Jahr 2015 zwar gleich wie 2014, aber dafür werden 2016 in diesem Bereich 800.000 Euro mehr eingesetzt, um zusätzliche 25 Mitarbeiter einstellen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man alle die genannten Einzelpunkte und die weiteren Einzelpunkte, die wir im Haushaltsausschuss eingehend diskutiert haben, betrachtet, müssen wir feststellen, dass Frau Staatsministerin Scharf und auch ihr Vorgänger Staatsminister Dr. Marcel Huber einen sehr ausgewogenen Haushalt

vorgelegt haben. Damit kann der Freistaat Bayern seine vielfältigen Aufgaben im Umwelt-, Naturschutz und Verbraucherschutz bestens erfüllen.

(Florian von Brunn (SPD): Da kann man auch geteilter Meinung sein!)

- Die Schönheit liegt immer im Auge des Betrachters. - Zugleich trägt dieser Einzelplan zu einer verantwortungsvollen Haushalts- und Finanzpolitik bei, sodass wir weiterhin den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung und des Schuldenabbaus beschreiten können. Dieser Einzelplan wurde mit Augenmaß und Weitblick zugleich erstellt. Ich bedanke mich bei der Umweltministerin und ihrem Vorgänger Dr. Marcel Huber für diesen Haushalt. Frau Umweltministerin hat ihren Einstand im Haushaltsausschuss gegeben. Sie war sehr kompetent und hat den Haushaltsplan sehr gut vertreten. Bei uns würde man sagen, sie hat im wahrsten Sinne des Wortes eine sehr gute Figur gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Das Gebot der Nachhaltigkeit wurde in diesem Einzelplan hervorragend umgesetzt, weil damit für unsere Umwelt und unsere Verbraucher der notwendige Investitionsspielraum gewährt wird, den beide Bereiche auch benötigen. Weil das Gebot der finanzpolitischen Nachhaltigkeit berücksichtigt wurde, ergibt sich ein beispielhaftes Gesamtpaket, das die umweltpolitischen und die verbraucherpolitischen Herausforderungen in höchstem Maße berücksichtigt, sich zugleich aber auch am finanzpolitisch Machbaren orientiert.

Aus diesem Grunde bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung zum Einzelplan 12.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Woerlein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Herbert Woerlein (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin Scharf, werte Kolleginnen und Kollegen! In seiner Regierungserklärung zu Beginn der Wahlperiode hat Ministerpräsident Seehofer unter anderem gesagt, dass Bayern die Kraft zu Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit habe; denn Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit seien, so unser Ministerpräsident, ein Geschwisterpaar. Der Staatshaushalt für Umwelt und Verbraucherschutz gibt Auskunft, wie es den Geschwistern Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit im letzten Jahr ergangen ist und welcher Zukunft die beiden entgegenblicken.

Im Bereich Umweltschutz stehen wir vor Herausforderungen und Entscheidungen von elementarer Bedeutung. Die Verantwortung bezieht sich dabei einerseits auf den Erhalt des Bestehenden unter der Voraussetzung dramatischer Veränderungen, beispielsweise bedingt durch den Klimawandel. Aber es geht auch um den Umgang mit Verschmutzung und Fehlern aus der Vergangenheit, aus einer noch nicht so weit zurückliegenden Zeit, als Gewinnmaximierung und Massenkonsum auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen gesteigert wurden und der Umweltschutz nachrangig war.

Wenn wir heute an das Themenpaar Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit herangehen, dann bedeutet dies natürlich unter anderem, die Finanzen in Ordnung zu halten. Aber es bedeutet darüber hinaus in der Gesamtschau: Wie sieht das Land aus, das wir unseren Kindern hinterlassen? Tun wir wirklich alles, um Bayern lebenswert zu erhalten und es den nachfolgenden Generationen mit einer gesunden Umwelt zu übergeben? - Eine gesunde Umwelt ist eben nicht zum Nulltarif zu bekommen. Im Gegenteil, wohlverstandene Politik für die kommenden Generationen heißt, in Natur und Umwelt zu investieren, damit jeder, der in diesem schönen Land lebt, weiterhin diese Schönheit unabhängig von seinem sozialen Status und seinen finanziellen Möglichkeiten genießen kann.

Ich habe in einem Jahr Parlamentszugehörigkeit und Tätigkeit im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz bestätigt bekommen, was ich nie bezweifelt habe: Die

Einsicht in die Notwendigkeit einer nachhaltigen Umweltpolitik eint viele von uns parteiübergreifend. Wir bayerischen Umweltpolitiker haben in diesem Jahr 2014 parteiübergreifend wichtige und richtige Entscheidungen getroffen. Es sind dies das Verbot des Anbaus von gentechnisch verändertem Saatgut,

(Beifall bei der SPD)

der Beitritt Bayerns zum europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen und eine sehr kritische Grundhaltung gegenüber Fracking. Die Freude über diese Beschlüsse, die auf entsprechende Anträge der SPD zurückgehen, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch viele Aufgaben anstehen, denen meine Fraktion durch entsprechende Haushaltsanträge begegnen will.

Als eine besonders vordringliche Aufgabe sehe ich die Entwicklung wirksamer Maßnahmen gegen das Artensterben, das immer bedrohlichere Ausmaße annimmt, und den dauerhaften Verlust an Biodiversität. Die bayerische Biodiversitätsstrategie der Staatsregierung stammt aus dem Jahr 2008. Darin wird mit Zahlen bezüglich Roter Listen gearbeitet, die wiederum aus dem Jahr 2003 stammen. Ohne Zweifel ist die Liste länger geworden. Es zählen zwischenzeitlich Spatz, Hänfling, Feldhamster und Laubfrosch zu den bedrohten Arten, vom dramatischen Rückgang des Niederwilds ganz zu schweigen. Daher hat die SPD-Fraktion bei den Haushaltsberatungen zusätzliche Mittel für das Biodiversitätsprogramm 2030 gefordert, um dringend benötigte aktuelle Zahlen und Daten über das Artensterben zu erhalten. Der Antrag wurde abgelehnt, und es entsteht der Eindruck, dass man sich diesem Ausmaß gar nicht stellen will. Anders kann ich mir nicht erklären, dass man sich mit Datenmaterial zufrieden gibt, das älter als zehn Jahre ist.

Ebenso abgelehnt wurde unser Antrag, in den Jahren 2015 und 2016 für den Schutz der Natura-2000-Gebiete insgesamt 3 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Dabei besteht hier großer Handlungsbedarf. Die Managementpläne für FFH-Gebiete sind erst zu circa einem Drittel aufgestellt. In Bayern findet kein flächendecken-

des Monitoring der FFH-Gebiete statt. Auch die überfällige Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale für unsere Naturparks wurde abgelehnt, und das, obwohl der Betrag von 300.000 Euro für 18 Naturparks, die 30 % der Landesfläche umfassen, kaum ins Gewicht fällt.

Was wir bei der Staatsregierung vermissen, ist die Weiterentwicklung einer sinnvollen und sparsamen Ausgleichsstrategie, die Geldzahlungen als Ausgleich strikt ablehnt und größtmögliche Qualität der Ausgleichsflächen garantiert. Wir halten es darüber hinaus für unerlässlich, ein eigenes Klimaschutzgesetz für Bayern zu erlassen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Leider wurde unser fünf Punkte umfassendes Antragspaket hierzu komplett abgelehnt.

Weitere wesentliche Punkte der SPD-Umweltpolitik sind Wasserversorgung und Tierschutz. Wir setzen alles daran, dass die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt, damit unser Wasser sauber – das meine ich durchaus mehrdeutig – und für alle bezahlbar bleibt.

Wichtig ist uns auch der Tierschutz. Wir haben Investitionskostenzuschüsse für die Tierheime in Bayern beantragt, wie es sie in anderen Bundesländern schon lange gibt. Die Tierschutzvereine werden von der Staatsregierung aber leider im Stich gelassen – und mit ihnen die vielen ehrenamtlich Tätigen, die zum Teil an der Belastungsgrenze arbeiten, um Tierleid zu lindern. Tierschutz ist nicht nur ein Schlagwort. Die Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel in die Verfassung verpflichtet die Staatsregierung, tätig zu werden. Das betrifft, sehr geehrter Herr Kollege Freller, auch den Bereich der Katzenkastration, der an verschiedenen Brennpunkten in Bayern von Tierschützern, Kommunalpolitikern, CSU-Bürgermeistern und besorgten Bürgern eingefordert wird.

(Karl Freller (CSU): Oh!)

Auch hier bleibt die Staatsregierung untätig. Unser entsprechender Haushaltsantrag wurde abgelehnt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

– Jetzt hören Sie erst einmal zu. – Wir haben mit diesem Antrag nicht die Basis unseres sozialdemokratischen Handelns verlassen, wie Sie, Herr Freller, das gestern, um unser politisches Wohl fürchtend, geäußert haben. Nein, wir haben uns überlegt, wie wir vor Ort passgenaue Lösungen mit einem Zuschusssystem entwickeln können,

(Karl Freller (CSU): Da braucht es doch nicht den Staat!)

während Sie die Kommunen auf den enormen Kosten sitzen lassen wollen. Nahe dran an den Bürgern ist für mich etwas anderes.

(Beifall bei der SPD)

Besonders brisant ist der Handlungsbedarf beim vorbeugenden Hochwasserschutz. Die Jahrhunderthochwasserereignisse der letzten 15 Jahre haben enorme wirtschaftliche Schäden verursacht. Die bayerischen Wasserwirtschaftsämter sind die amtlichen Sachverständigen für alle Fragen bezüglich des Wasserhaushalts und der Gewässerökologie. Im Rahmen der Reform "Verwaltung 21" wurden bis 2012 über 500 Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern abgebaut.

Nach dem Aktionsprogramm 2020 der Staatsregierung sollte der vorbeugende Hochwasserschutz verstärkt umgesetzt werden. Auch über das Jahr 2022 hinaus wird die fachliche Kompetenz der Wasserwirtschaftsämter eine wichtige Rolle für effektiven Hochwasserschutz spielen. Die Entfristung der 50 Stellen, die ein enormes Know-how auf sich vereinen, ist ein erster Schritt, um den Belangen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Wir brauchen bestmöglichen Hochwasserschutz und qualifizierte Experten mit sicheren Arbeitsverhältnissen, die ihre langjährigen Erfahrungen bei der Problemlösung zielführend einbringen können.

Eine wichtige Rolle bei der Verringerung des CO₂-Ausstoßes – dies nur in aller Kürze und der Vollständigkeit halber – spielt der Straßenverkehr, der in Deutschland knapp 20 % der Gesamtmenge ausmacht. In diesem Bereich wünschen wir uns mehr Förde-

rung der klimafreundlichen Mobilität. Die jährliche Umfrage der Deutschen Umwelthilfe zu CO₂-Ausstoß, Spritverbrauch und Motorleistung von Dienstwagen im öffentlichen Dienst kommt zu dem Ergebnis, dass unser Bundesland in diesem Ranking Schlusslicht ist. Was liegt näher, als die Vorbildfunktion der Politikerinnen und Politiker in den Mittelpunkt zu stellen? Wir fordern daher mehr Investitionen in klimafreundliche Dienstfahrzeuge sowie einen konsequenten Ausbau der Elektromobilität auf allen Ebenen des Verkehrs.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Bei den diesjährigen Haushaltsverhandlungen wurden alle Haushaltsanträge der SPD abgelehnt. Professor Piazzolo hat die Grundsätze solcher Entscheidungen schon ausgeführt; das kann ich mir jetzt sparen. Mit dieser generellen Ablehnungshaltung verhindern Sie Maßnahmen, die die richtigen umweltpolitischen Signale senden würden. Eine konsequente und ergebnisorientierte Umweltpolitik zeitigt aber nur dann Erfolge, wenn wichtige Maßnahmen, die selbstredend auch mit Kosten verbunden sind, auch die Stimmen der Mehrheitspartei in diesem Gremium bekommen. Diese Mehrheit war der Wille des Bürgers und ist damit ohne jede Einschränkung zu respektieren. Damit ist aber auch gemeint, dass die alleinige Regierungspartei mehrheitlich in der Verantwortung für unsere Umwelt steht. Dieser Verantwortung kann man nicht gerecht werden, wenn man alle Haushaltsanträge der Opposition grundsätzlich ablehnt, um deren Gestaltungskraft massiv einzuschränken.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Dadurch, dass wichtige Haushaltsinitiativen zum Umweltschutz vonseiten der Staatsregierung nicht erfolgt sind, sind unsere Handlungsspielräume als Umweltpolitiker stark eingeschränkt. Ich hoffe dennoch, dass wir eine ziel- und ergebnisorientierte Umweltpolitik zustande bringen. Die Zeit drängt, und nicht alle Versäumnisse können bei Bedarf einfach nachgeholt werden. - Ich wünsche mir für unser Land und die hier lebenden Menschen, dass es uns gelingt, Schaden von der Umwelt fernzuhalten und

die richtigen Entscheidungen rechtzeitig zu treffen. Als SPD-Fraktion bieten wir hierzu auch für die Zukunft unsere uneingeschränkte Unterstützung an.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER steht der Kollege Zierer schon bereit. – Bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 12 gehört zu den kleinsten;

(Zuruf von der SPD: Leider!)

denn seine Ausgaben betragen nur 0,8 % des Gesamthaushalts. Das spiegelt sich irgendwie auch in der Anwesenheit der Kolleginnen und Kollegen wider.

(Heiterkeit)

Wenn man einmal herumschaut, sieht man, dass wir von den FREIEN WÄHLERN fast vollzählig anwesend da sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): So viele sind Sie ja nicht!)

– Ja, man muss Unterschiede auch einmal herausstellen dürfen. Das steht uns, glaube ich, durchaus einmal zu. So ähnlich war es leider Gottes ja bereits, als es um die Landwirtschaft ging. Man redet zwar immer davon, dass man die Landwirtschaft braucht, aber was die Anwesenheit angeht, wird die Wertigkeit dann doch anders gesehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sind da, Herr Kollege!)

– Genau, die SPD ist auch stark vertreten. Respekt!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gut, kommen wir zum Thema. Beim Hochwasserschutz entsetzt es uns schon, dass die Leute, die jetzt eingestellt werden – an die 150 Stellen sollen besetzt werden –, nur kurzzeitig eingestellt werden. Die Stellen sollen bis 2022 befristet sein, dann sollen die Leute wieder entlassen werden. Ich weiß nicht, ob das der richtige Umgang mit dieser Problematik ist. Ich sage: Es ist der falsche Umgang damit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Wenn wir schon über Hochwasser reden, müssen wir auch über Klimaschutz reden. Wir wissen, dass die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas 80 % ausmacht. Doch was können wir tun? - Wir können den Ausbau regenerativer Energien fördern, wir können die kleinen Bürger unterstützen, wir können wieder Förderprogramme unterstützen, die in diese Richtung gehen. Wir sollten die Leute unterstützen, wenn es bei Anlagen zur Photovoltaik oder zur Windenergiegewinnung um das Baurecht geht. In vielen Punkten kann auch die Landesregierung die Bevölkerung auf diesem Weg dorthin unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann sprechen wir nicht nur davon, sondern tun wirklich etwas. Das soll es doch sein.

Ein großer Anteil des Energieverbrauchs entfällt auf das Beheizen von Gebäuden. Dort anzusetzen ist mindestens genauso wichtig wie bei der Stromwende. Wenn man schaut, was auf Bundesebene an steuerlichen Absetzbarkeiten kommen soll, ist das natürlich zu begrüßen. Aber das hilft nur Privatpersonen und Unternehmen. Für die vielen kommunalen und anderen staatlichen Gebäude bringt eine steuerliche Absetzbarkeit überhaupt nichts. Für die Kommunen können wir nur die Forderung erneuern: 15 % Steueranteil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit wäre sehr viel gewonnen; denn die Kommunen wissen selbst am besten, wo das Geld am effektivsten angelegt ist. In dieser Richtung sollten wir sie unterstützen. Es sollten keine Fehler gemacht werden bei der Unterstützung, wie es in Berlin mit der sogenannten Sonnensteuer geschah. Keiner hat es geglaubt, aber es ist so gekommen. Da gab es bei sehr vielen Dingen eine große Behinderung. Wir könnten Zeichen setzen, dass es auch andere Wege gibt.

Ich komme nun zur Sanierung der Staatsgebäude. Gehen wir doch mal auf den Flur hinaus. Die Fenster in der Lobby haben eine Einscheibenverglasung. Zu Hause würden wir denken, wir wären noch in der Vorkriegszeit. Das ist doch ein Wahnsinn. Wir müssen mehr Mittel für die Sanierung bei den staatlichen Gebäuden einsetzen; denn nur so können wir mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Besucher in den Landtag kommen und die Einscheibenverglasung sehen, fragen sie sich, wovon wir eigentlich reden und wozu wir sie auffordern. Wir selbst haben nur das Billigste vom Billigen.

Ebenso wichtig wäre es, Fördermittel in die Wasserkraft für die Energiewende zu geben. Gerade bei der Wasserkraft gibt es Erneuerungsbedarf, und wir könnten sehr viel mit den entsprechenden Mitteln bewirken und gleichzeitig auch Fische und Kleinlebewesen schützen. Auch das wäre ein Ansatz, bei dem wir uns gut betätigen könnten. Es gibt da zwar einen Haushaltstitel, aber der gilt nur für staatliche Wasserwerke. Ich denke, gerade bei uns in Bayern gibt es sehr viele Tüftler und innovative Firmen, die durchaus Unterstützung brauchen könnten und diese auch bekommen sollten.

Nun ein Wort zu den Naturparkvereinen. Die Naturparkvereine brauchen mehr Personal. Das wissen wir alle. Aber leider sind unsere Anträge genau wie die euren zu diesem Thema abgelehnt worden. Es ist bedauerlich, wenn man nicht einmal 255.000 Euro dafür in den Haushalt einstellen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Das könnte man aus einem Sparschwein nehmen!)

- Nein, da bräuchte man kein Sparschwein zu schlachten. Man hätte da durchaus ein Zeichen setzen können, dass man die Leute unterstützen will.

Die FREIEN WÄHLER haben einen Antrag auf eine Art Notunterstützung bei Fundtieren gestellt. Das heißt, die Kommunen sollten unterstützt werden, wenn zum Beispiel Tiere auf der Autobahn zu Tode kommen. Viele kleine Gemeinden können solche Kosten nicht übernehmen. Ich habe das im Landkreis Freising erfahren. Dort ging eine Rechnung über 225.000 Euro ein. Das ist unglaublich. Auch hier gilt es, nicht nur vom Tierschutz zu reden, sondern die Vereine und Kommunen zu unterstützen, damit sie eine vernünftige Arbeit leisten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Absolut bedauerlich ist auch, dass der SPD-Antrag für Mittel zur Kastration von Katzen keine Mehrheit gefunden hat. Auch das ist vernünftiger Tierschutz.

(Karl Freller (CSU): Das können die Kommunen selber bezahlen! Dazu braucht man kein staatliches Programm! – Gegenruf von der SPD: Typisch, die Aufgaben der Staatsregierung auf die Kommunen zu verlagern!)

- Das ist doch keine Aufgabe der Kommunen. Die Kommunen kann man dafür nicht in die Pflicht nehmen.

(Zuruf von der CSU)

Gut, geben wir den Kommunen einen 15-prozentigen Anteil, dann können wir noch mehr Aufgaben auf die Kommunen verlagern. Damit könnten wir sie dann vielleicht auch unterstützen.

Ich komme zum Schluss. Unsere Anträge sind genauso abgelehnt worden wie die von der SPD und den GRÜNEN. Ich bedaure das sehr; denn es waren gute Anträge, deren Annahme die Situation in vielen Dingen verbessert hätte.

Abschließend möchte ich noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der uns in der nächsten Zeit alle stark beschäftigen wird. Ich spreche von der dritten Start- und Landebahn. Hier könnte unsere neue Ministerin ein Zeichen setzen. Sie könnte ihre Fraktionskollegen einladen, nach Freising und nach Attaching zu fahren, um sich dort vor Ort anzusehen, welche Belastungen auf die Menschen, die dort leben, zukommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Frau Ministerin, es sollte eine Ihrer nächsten Aufgaben sein, die Leute vor Ort zu besuchen. Sie würden hoch honorieren, wenn Sie sich direkt vor Ort informieren und Ihren Fraktionskollegen zeigen würden, was auf die Bewohner zukommt. Wie viele wissen denn, dass Tausende von Leuten in Attaching massiv betroffen sein werden? Es muss sogar eine Sportanlage abgerissen werden. Ich lade Sie gern auch auf ein Glas Bier in Weihenstephan oder Attaching ein. Dann gehen wir auch noch auf den Domberg hinauf und schauen uns die Auswirkungen an. Ihr Vorgänger weiß um diese Problematik; denn wir haben uns darüber durchaus unterhalten. Ich glaube, es bedarf durchaus einer Diskussion in Ihrer Fraktion, die nur dazu führen kann, dieses Projekt aus der Landesentwicklungsplanung herauszunehmen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Da wird ja nicht nur ein Vogelschutzgebiet zerstört, sondern die Menschen dort werden massivst belastet und vertrieben. Freising kann sich kaum mehr entwickeln. Auch die anderen Ortschaften werden massivst betroffen. Bitte gehen Sie hin und schauen Sie sich das an. Dann könnten wir zielorientiert und vernünftig diskutieren. Nehmen Sie dieses Damoklesschwert von den Häuptionern der Menschen dort. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung: Kollege Magerl. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die CSU und der Ministerpräsident gehen immer gerne mit der Aussage, Bayern sei die Vorstufe zum Paradies, hausieren. Wenn ich mir die Beratung des Haushaltes und die Beschlüsse zu den einzelnen Einzelplänen ansehe, frage ich mich, warum Sie so wenig tun, um diesen Zustand in Bayern zu erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich mir anschau, was heute beschlossen wurde und was noch ansteht, muss ich feststellen, dass der Ausverkauf der bayerischen Heimat und der bayerischen Natur unvermindert weitergeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe wenig Redezeit und kann deshalb nur versuchen, mich auf fünf Punkte zu konzentrieren. Es geht um unsere Änderungsanträge, die wir zum Einzelplan 12 gestellt haben und die leider, wie auch die anderen Anträge der Opposition, zum Teil aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt wurden.

Die erste große Baustelle ist der Erhalt der Biodiversität in Bayern, das heißt, der Erhalt der Artenvielfalt. Da verstehe ich Staatsregierung und CSU-Fraktion überhaupt nicht. In der Antwort auf eine Anfrage, die ich an die Staatsregierung gestellt habe, ist von 80.000 Arten in Bayern die Rede, aber nur über 30 % dieser Arten wissen wir überhaupt Bescheid. Wie kommen Sie da zu der Aussage, es sei alles in Ordnung? - Bei den übrigen 70 % kennen wir den Erhaltungszustand in Bayern überhaupt nicht. Das ist in einem so reichen Land wie Bayern ein Skandal. Wenn man in einem Entwicklungsland darüber nicht Bescheid weiß, dann ist das okay; aber in Bayern sollte man über die Artenvielfalt wesentlich besser Bescheid wissen. Wir kennen schlicht

und ergreifend den Zustand nicht; denn es ist Politik der Staatsregierung, für Monitoring einfach kein Geld zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir uns den Bericht über die FFH-Gebiete aus den Jahren 2007 bis 2013 an. Sowohl bei den Lebensraumtypen als auch bei den Arten ist er ein Armutszeugnis für die Arbeit der Staatsregierung und der CSU. Statt dass es mit dem Erhalt der Artenvielfalt aufwärts geht, stellen wir einen deutlichen Rückgang von 40 % vom guten Zustand im Jahre 2007 auf heute nur mehr ein Drittel fest. Eigentlich soll die Tendenz in die umgekehrte Richtung gehen.

Bei der Frage nach den Gründen bemerke ich, dass Sie kein Geld in die Hand nehmen. Sie setzen auf eine reine Freiwilligkeit bei der Umsetzung. Auf die Frage nach der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie lautet die Antwort: Die unverbindlichen Vorschläge der Arbeitsgruppe mit unterschiedlichen amtlichen und ehrenamtlichen Akteuren im Naturschutz sollen mit den vorhandenen Mitteln und der vorhandenen Personalausstattung umgesetzt werden. Dadurch schafft man nichts. Wenn ich bei der momentanen Mittel- und Personalausstattung bleibe, komme ich im Naturschutz nicht voran. Ich muss Geld in die Hand nehmen, und ich muss die zuständigen Behörden deutlich besser ausrüsten.

Bei der Biodiversitätsstrategie 2020 geht man bei acht Arten von einer Verbesserung aus, bei sieben Arten aber findet sich eine Verschlechterung; das als Antwort auf eine Schriftliche Anfrage. Damit werden Sie bei der Biodiversitätsstrategie krachend scheitern. Das muss man in diesem Zusammenhang leider klar und deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen nicht nur mehr Geld. Wir möchten uns klar und deutlich dazu bekennen: Wir brauchen auch mehr Schutzgebiete, und zwar nicht nur im Steigerwald, sondern auch in anderen Regionen Bayerns. Ich zitiere aus der Antwort des Umweltministe-

riums: "Generell ist festzustellen, dass in der Normallandschaft die Artenvielfalt weiter abnimmt, während vor allem in Schutzgebieten und auf Flächen, auf denen Naturschutzmaßnahmen umgesetzt werden, die Artvorkommen eher stabil sind."

Wenn Ihnen das noch nicht reicht, zitiere ich zum Niedergang des Niederwildes und vieler Arten der freien Landschaft aus einer Pressemitteilung des Landesjagdverbandes. Unser ehemaliger Kollege Professor Dr. Jürgen Vocke wird dort zitiert: "Besonders stark aber leidet das Niederwild unter dem rapiden Strukturwandel in der Landwirtschaft." Das hat ihnen der Herr Vocke ins Stammbuch geschrieben. Das zeigt klar und deutlich, warum hier nichts weitergeht. Der Flächenverbrauch ist wieder auf 18,1 Hektar pro Tag gestiegen. Kollege Zierer hat schon den geplanten Flächenverbrauch von 1.000 Hektar im Vogelschutzgebiet im Erdinger Moos für die dritte Startbahn angesprochen. Herr Staatsminister Herrmann war vor wenigen Tagen im Landkreis Erding im Rahmen von B 15 neu unterwegs. Das wäre wieder ein gigantischer Flächenverbrauch.

Der Gewässerschutz und der Hochwasserschutz gehören in gewisser Hinsicht zusammen. Auch bei den Daten, die wir bei den Gesetzentwürfen zum Gewässerrandstreifenprogramm diskutiert haben, sieht es zappenduster aus. In Bezug auf das Grundwasser haben wir vor wenigen Jahren noch gesagt, wir werden bis zum Jahr 2015 80 % in einen guten Zustand versetzen. Jetzt sagen wir, bis zum Jahr 2021/22 werden es 60 % sein. Das ist genauso ein Armutszeugnis wie der Zustand bei den FFH-Gebieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss klar und deutlich sagen: Auch beim ökologischen Hochwasserschutz nehmen Sie viel zu wenig Geld in die Hand. Auch dort sind Sie viel zu wenig aktiv, um weiterzukommen. Er hinkt im Vergleich zum technischen Hochwasserschutz hinterher. Ich verweise nur auf die Äußerungen der Gutachter in der Anhörung des Umweltausschusses im Sommer dieses Jahres, wo uns beispielsweise von Herrn Professor

Disse klar und deutlich ins Stammbuch hineingeschrieben worden ist, "ein integrales Konzept für den natürlichen und technischen Hochwasserschutz fehle in Bayern bisher." Wir haben entsprechende Anträge gestellt, um hier aufzustocken.

Dann möchte ich noch den Klimaschutz ansprechen. Auch dazu haben wir Anträge gestellt, beispielsweise zum Moorschutz, wo wir sehr viel für den Klimaschutz erreichen könnten. Leider Gottes wurden die Anträge abgelehnt. Ich wollte mich heute noch ein bisschen informieren, wie der aktuelle Sachstand ist. Dann bekommt man im Internet das berühmte Baustellendreieck. Ich darf es leider nicht zeigen. Man muss auf die Seite gehen, wo die Daten zum Klimaschutz sind. Die Publikation wird momentan bearbeitet. Der Kollege Ganserer hat es vorhin schon angesprochen. In Bayern stammen 40 % des CO₂ aus dem Verkehr. Da wäre beim ÖPNV und den anderen Haushalten sehr viel Handlungsbedarf gewesen.

Ich möchte einen letzten Punkt noch kurz ansprechen: Eine weitere Riesenbaustelle, bei der wir nicht vorankommen, ist die Stickstoffbelastung in der Atmosphäre, und zwar sowohl durch Stickstoffdioxid als auch durch Ammoniak, überwiegend aus der Landwirtschaft. Beide verursachen enorme Probleme. Ich müsste eigentlich auch hier wieder die Messwerte nennen. Ich habe mir nur die Münchner Stationen herausgesucht. Wenn man hier das Extrembeispiel Landshuter Allee nimmt, sieht man: Der eigentlich vorgeschriebene Obergrenzwert von 40 Mikrogramm Stickoxiden wird fast nie unterschritten, sondern wir haben Werte, die zum Teil deutlich über 150 Mikrogramm liegen. Auch hier besteht also enormer Handlungsbedarf. Wir werden demnächst wahrscheinlich von der EU-Kommission verklagt werden und dann entsprechende Gebühren zu bezahlen haben.

Abschließend möchte ich allen danken, die im hauptamtlichen Natur- und Umweltschutz tätig sind. Sie bekommen oft genug von dieser Seite des Hauses Knüppel zwischen die Beine geworfen.

(Zurufe von der CSU: Oooh!)

Ich möchte vor allen Dingen den Verbänden danken, die in diesem Bereich tätig sind. Ohne sie wäre es um die Natur und die Umwelt in Bayern wirklich schlimm bestellt. Zum Schluss: Das Geld, das zur Verfügung steht, reicht vielleicht, um den Mangel zu verwalten. Es reicht definitiv nicht dazu, den Mangel abzustellen. Wir werden ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Magerl. – Jetzt hat der Herr Kollege Dr. Hünnerkopf das Wort. – Bitte schön.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin Ulrike Scharf, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Kollege Bachhuber hat den Einzelplan 12 ausführlich erläutert. Ich persönlich habe mich gefreut, dass er am Begriff der Nachhaltigkeit deutlich gemacht hat, was Haushalt bedeutet und dass er kein Wunschkonzert darstellt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das sind immer wieder dieselben Sprüche!)

Man muss immer wieder schauen, wie am Ende unser großes Ziel, nämlich mit dem auszukommen, was uns zur Verfügung steht, erreicht wird.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und der Naturschutz steht auf der Verliererseite! – Florian von Brunn (SPD): Das sind doch Ausflüchte!)

Lieber Kollege Bachhuber, ganz herzlichen Dank für die Berichterstattung und für den Einsatz im Haushaltsausschuss und damit auch für unser Anliegen: Umwelt, Naturschutz, Verbraucherschutz.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich werde nicht über Themen wie grüne Gentechnik, Fracking oder dritte Startbahn reden. Das kann man an anderer Stelle sehr treffend. Es

geht hier um Haushalt, und ich möchte auch aufgrund der mir begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben Zeit genug! – Bernhard Pohl

(FREIE WÄHLER): Schneller reden!)

nur auf einige Punkte eingehen. – Ich muss nicht schneller reden. Wenn Sie schneller können, ist mir das recht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Logisch! Schneller zuhören!)

Das ist eine plumpe Art, solche Bemerkungen zu machen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Bachhuber hat es gesagt: Die Entwicklung des Haushalts zeigt zwar von 2014 auf 2015 einen Rückgang um 24 Millionen Euro, aber wenn man bedenkt, dass dort schon 35 Millionen Euro enthalten sind, die ganz speziell für das Haushaltsjahr 2014, nämlich für Hochwassermaßnahmen, erforderlich waren, kann man feststellen, dass sich unser Haushalt über die Jahre kontinuierlich nach oben entwickelt. Das muss man einmal in aller Deutlichkeit sagen, auch wenn unser Haushalt - das fällt auch mir auf -, nur unter 1 % des Gesamthaushalts ausmacht.

Ich möchte kurz erfreuliche Erhöhungen in diesem Haushalt ansprechen, die hier wichtig sind. Es geht um Naturschutz und Landschaftspflege, um die Umweltbildung, um das Klimaprogramm 2050 und um Verbraucherschutz und Verbraucherinformation. Ein erster Punkt im Zusammenhang mit Naturschutz und Landschaftspflege: Ich bin, wie meine Kollegen aus der Umweltpolitik, sicher auch aus dem Lager der Opposition, froh, dass es möglich war, einen Weg zu finden, die Gebietsbetreuung weiter zu finanzieren.

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt!)

Nachdem die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung stehen, ist es notwendig gewesen, sie aus dem Naturschutzfonds zu bestreiten. Es sind immerhin 30 Gebietsbetreuer, die in besonders bedeutsamen Gebieten Bayerns weiterhin tätig sein können. Die von ihnen betreuten Gebiete mit ihrer besonderen Naturausstattung und Großräumigkeit sind wichtige Bausteine im landesweiten Biotopverbund Bayern-Netz Natur. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, die biologische Vielfalt in Bayern und damit die Umsetzung der bayerischen Biodiversitätsstrategie voranzubringen, wenngleich es auch hier - das will ich nicht abstreiten - wünschenswert wäre, wenn es mehr wäre. Aber ich denke, es ist hinreichend darauf hingewiesen, dass wir insgesamt mit den Mitteln auskommen wollen. Wenn uns Bildung, wenn uns innere Sicherheit, wenn uns andere Bereiche so viel wert sind, dann steht für diese Belange nur ein begrenztes Finanzvolumen zur Verfügung. Meine Damen und Herren, diese Gebietsbetreuer, die auch Touristen führen, die Menschen die wertvollen Flächen erläutern und nahebringen, sind für uns ganz wichtig. Ich möchte an dieser Stelle diesen 30 Damen und Herren sehr herzlich für ihre Arbeit danken.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Zu Naturschutz und Landschaftspflege gehört auch die Tätigkeit unserer Landschaftspflegeverbände. Ich darf vorwegnehmen: Ich bin allen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion sehr dankbar dafür, dass es möglich war, aus den Mitteln, die uns zur Verfügung standen, noch einmal 200.000 Euro einzustellen, um die Tätigkeit der Landschaftspflegeverbände zu unterstützen. Wir wissen, diese Landschaftspflegeverbände sind ein Exportschlager aus Bayern. Sie sind bei uns erfunden worden. In diesen Verbänden wirken die Kommunen, Vertreter des Naturschutzes und Vertreter der Landwirtschaft zusammen. Wir haben nur 55 Landschaftspflegeverbände, aber 71 Landkreise. Wir wollen deshalb diese wirklich sinnvolle und gute Institution der Landschaftspflegeverbände weiter voranbringen. Diese 200.000 Euro sind speziell dafür gedacht, Neugründungen zu unterstützen. Das ist eine gute Sache. Das ist ein

zweiter Punkt, der mir und uns sehr wichtig ist. Wir sind dankbar dafür, dass es nun möglich ist, die Mittel dafür bereitzustellen.

Die Umweltbildung muss uns allen am Herzen liegen. Es gibt diesen klugen Satz: Nur was man kennt, das schätzt man, und was man schätzt, das schützt man. Dieser Satz ist auf jeden Fall richtig. Über die Umweltbildung kann das Zusammenspiel von Mensch und Natur bewusst gemacht werden, und das vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Wer solche Umweltbildungsstationen schon einmal besucht hat, kann sehr wohl feststellen, wie begeistert gerade Kinder dort tätig sind. Jeder, der Kinder hat, weiß auch, wie Kinder den Eltern den Spiegel vorhalten und sie anregen können, sich umweltgerecht zu verhalten. Bei den Mitteln für die Umweltbildungsstationen ist im Haushalt eine Steigerung um 600.000 Euro möglich. Mit einem Betrag von jährlich zusätzlich 1,1 Millionen ist dafür gesorgt, dass die Arbeit noch intensiviert werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Zum Biodiversitätsprogramm: Kollege Magerl, wir haben neulich über die Entwicklung unserer FFH-Gebiete im Ausschuss diskutiert. Die Anmerkung stimmt, dass 70 % der Arten in Bayern noch nicht erfasst sind, dass wir darüber zu wenig wissen. Ich möchte dem aber entgegenhalten, die Entstehung dieser Arten in summa hat niemand nach Plan und in Kenntnis der Lebensbedingungen und der Habitate bewirkt, sondern sie sind eine Folgeerscheinung der vielfältigen Tätigkeit des Menschen. Wenn man die nötigen Lebensräume im Blick hat, wenn man beispielsweise über das Kulturlandschaftsprogramm dafür sorgt, dass ein Drittel unserer landwirtschaftlichen Flächen extensiv genutzt wird, wenn man über Vertragsnaturschutz und andere Programme – ich will nicht alles ansprechen – Maßnahmen fördert, erreicht man doch einen gangbaren Weg, hier voranzukommen. Wenn wir den Ansatz im Jahr 2015 um 450.000 Euro und im Jahr darauf um 1 Million Euro erhöhen können, ist damit in erster Linie die Verpflichtung für das Biosphärenreservat in der Rhön abgedeckt. Es geht aber auch darum, hier insgesamt voranzukommen. Eine Steigerung um insgesamt zwei Millionen

macht das deutlich. Das ist kein Quantensprung, aber mühsam nährt sich das Eichhörnchen. Wir werden auch hier immer weiter daran arbeiten.

Der Klimaschutz war nach der Weltwirtschaftskrise von 2008 für einige Zeit aus dem Blickfeld. Inzwischen wird über Klimaschutz wieder diskutiert. Wir können annehmen, dass es vorangeht. Sicher ist, dass durch die Veröffentlichungen des neuen IPPC-Reports 2014 das Bewusstsein der Menschen für den Klimaschutz wieder geschärft worden ist. Bayern hat auch auf diesem Gebiet nicht nachgelassen. Bei den erneuerbaren Energien und allen damit zusammenhängenden Maßnahmen besteht die große Herausforderung darin, eine Energiequelle, die keinen CO₂-Ausstoß verursacht hat, nämlich die Kernenergie, zu ersetzen. Wir sind mit einem Anteil der erneuerbaren Energien von 35 bis 36 % auf einem guten Weg. Ich weiß, das Bessere ist der Feind des Guten. Das muss man auch miteinbeziehen. Immerhin haben wir seit 2008 knapp eine Milliarde Euro für Klimaschutz, Energie und die damit in Zusammenhang stehenden Innovationen investiert. Können Sie mir ein Land in der Bundesrepublik nennen, das mehr dafür ausgegeben hat? - Wahrscheinlich nicht.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, ca. 50 Moore bis zum Jahr 2020 wieder zu vernässen. Dafür haben wir seit 2000 9 Millionen Euro ausgegeben. Wir wissen, dass in diesen Mooren das Potenzial der CO₂-Bindung sehr hoch ist. Im Haushalt 2015/2016 sind für Klimaschutz jeweils 22 Millionen eingesetzt. Kollege Bachhuber hat es schon angesprochen. Insofern ist auch hier vieles getan.

Ich hatte eigentlich noch vor, die Trinkwasser- und Abwasseranlagen anzusprechen, weil wir für die Sanierung zumindest ein Notprogramm und eine Härtefallregelung finden müssen, damit Kommunen, die aufgrund geologischer Verhältnisse oder auch aufgrund der demografischen Entwicklung extrem betroffen sind, unterstützt werden können. Es ist nicht daran gedacht, die Sanierung grundsätzlich mit staatlichen Mitteln zu fördern. Das möchte ich an der Stelle unseren Bürgermeistern und denen, die kommunalpolitisch Verantwortung tragen, deutlich machen. Es ist die Aufgabe der Kom-

munen, hier zu handeln, Rücklagen zu bilden, um dann auch diese Aufgaben bewältigen zu können.

Beim Verbraucherschutz konnten wir den Verbraucherservice Bayern und die Verbraucherzentrale Bayern mit 200.000 Euro aus der Verteilmasse der Fraktion unterstützen. Ich habe gehört, dass sie das Geld sehr gut einsetzen können. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei diesen ehrenamtlichen Organisationen dafür, dass sie so sehr an dem mitwirken, was wir von staatlicher Seite grundsätzlich erreichen wollen. Deshalb ganz herzlichen Dank an den Verbraucherservice und die Verbraucherzentrale!

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei allen bedanken, die uns in den Aufgaben Naturschutz und Verbraucherschutz unterstützen.

(Florian von Brunn (SPD): Also nicht bei uns!)

Die Opposition beziehe ich gerne mit ein, sofern sie uns gute und sinnvolle Impulse gibt. Dafür sind wir immer offen. Ich glaube, das haben wir im Umweltausschuss schon gezeigt. Ich bedanke mich vor allen Dingen bei allen im Umweltministerium, die in kooperativer Arbeit diese Aufgabe zusammen mit uns wahrnehmen. Ich bedanke mich auch bei unserer Umweltministerin, die sich sehr schnell und intensiv in dieses Amt eingelebt hat und die uns auch mit Offenheit bei der Umsetzung unserer Anliegen unterstützt.

Meine Damen und Herren, der Umweltschutz, der Naturschutz und der Verbraucherschutz haben eine größere Bedeutung, als der Anteil dieses Einzelplans am Haushalt vermuten lässt. Wir wissen, dass wir mit diesen Mitteln und dem Engagement der Menschen sehr viel erreichen. Vorhin wurde abfällig darüber geredet, dass für einige Jahre vorübergehend zehn Stellen geschaffen werden. Hier bekommen Fachkräfte eine Chance, sich einzuarbeiten.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Diese Leute werden anschließend sicher übernommen werden, weil viele Kollegen schon älter sind und in Pension gehen können. Ich danke allen für ihr Engagement. Der Staat, das Ehrenamt und die Gesellschaft leisten viel. Das wissen wir, und dafür sind wir dankbar.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt darf ich Herrn Kollegen von Brunn das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der SPD-Fraktion haben wir heute eine Arbeitsteilung: Herr Woerlein hat zum Umweltschutz gesprochen, ich werde über den Verbraucherschutz reden. Wenn Sie die Zeitung gelesen haben, wissen Sie: In Bayerns Brezen ist zu viel Aluminium. Das schadet den Verbraucherinnen und Verbrauchern. In Bayerns Haushalt ist zu wenig Verbraucherschutz. Das schadet den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, ich kann Ihnen gern ein konkretes Beispiel nennen, nämlich die Haushaltsmittel für die Verbraucherschutzverbände. Hier geht der Freistaat nicht voran, wie das Frau Aigner in ihrer Vorlesung behauptet hat, sondern er hinkt hinterher. Dies lässt sich im Bundesländervergleich, den Sie sehr schätzen, ganz einfach zeigen: Während das von Sozialdemokraten mit absoluter Mehrheit regierte Hamburg pro Jahr und pro Einwohner einen Euro für die Verbraucherinformation ausgibt, erreicht das von der CSU mit absoluter Mehrheit regierte Bayern gerade einmal etwas mehr als 40 Cent pro Einwohner und Jahr. Das ist nicht einmal halb so viel wie in Hamburg. Sie liegen mit Ihren Ausgaben für die Verbraucherschutzinstitutionen unter dem Bundes-

durchschnitt und hinter allen ostdeutschen Bundesländern. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Hier geht Bayern nicht voran, wie das Frau Aigner gesagt hat. Hier hinkt der Freistaat hinterher, zum Schaden der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die nächste Frage lautet: Wie gibt der Freistaat das knappe Geld für die Verbraucheraufklärung aus? – Ich habe mir einmal Ihr vielgelobtes Verbraucherportal VIS angesehen. Nehmen wir einmal als aktuelles Beispiel die Brezn. Als Verbraucher erwarte ich, wenn ich am Morgen mit meinem Kind beim Bäcker stehe, die Information, ob ich dort unbesorgt kaufen kann. Auf diesem Verbraucherportal finden wir aber keinen konkreten Hinweis. Es gibt lediglich einen Link zum Jahresbericht der Landesanstalt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

(Oliver Jörg (CSU): Gehen Sie zum Bäcker Ihres Vertrauens!)

Ganz anders sieht es bei der Rückforderung von Kreditbearbeitungsgebühren aus. Hierzu sind auf dem Portal ganz konkrete und praktikable Tipps zu finden. Zu diesem Thema wird beschrieben, wie man als Verbraucher vorgehen muss. Diese Inhalte werden von den Verbraucherschutzverbänden in dieses Portal eingespeist. Dort finden sich verständliche Hinweise für Verbraucherinnen und Verbraucher. Dort wären die Haushaltsmittel gut angelegt. Sie halten aber genau diese Verbraucherschutzverbände kurz, die Profis für den Verbraucherschutz, obwohl Sie wissen, dass sie mehr Geld benötigen. Wir erkennen an, dass Sie zumindest die Ansätze für den Verbraucherschutz erhöhen. Sie bleiben aber trotzdem um mehr als 10 Cent pro Einwohner und Jahr hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Ich möchte eines der von Ihnen geschätzten Bilder verwenden: Sie spielen weit entfernt von den Champions-League-Plätzen. Sie spielen bei diesem Thema in der unteren Tabellenhälfte.

(Beifall bei der SPD)

Die Mittel sind zu gering, zumal das zuständige Ministerium in den Antworten auf die Anfragen selbst erklärt hat, dass der Informations- und Beratungsbedarf der Verbraucher weiter anwächst. Die Verbraucherzentralen und der Verbraucherservice kommen mit den Beratungsgesprächen überhaupt nicht mehr hinterher. Die Menschen in Bayern haben einen sehr großen Beratungsbedarf. Die Beratungsgespräche werden immer komplexer und länger. Schließlich geht es auch um wichtige Themen wie Lebensmittelunverträglichkeit, um die Altersvorsorge, die Krankenversicherung und Geldanlagen allgemein.

Ich appelliere an Sie: Geben Sie in Zukunft Ihre Verweigerungshaltung auf. Greifen Sie unsere Vorschläge auf, die eine Erhöhung der Mittel für dieses wichtige Thema um eine Million Euro vorsehen. Dieses Geld wäre für die Verbraucherinnen und Verbraucher gut angelegt, damit sie im Alltag nicht über den Tisch gezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Aus unserer Sicht ist dies aber nur ein Zwischenschritt; denn die Verbraucherschutzpolitiker der SPD wollen, dass der Freistaat und die anderen Bundesländer mittelfristig pro Einwohner und Jahr einen Euro in die Verbraucheraufklärung investieren. Das Geld ist da, auch in Bayern. Sie geben es nur für etwas anderes aus, zum Beispiel für den Gipfel in Elmau. Dieser Gipfel soll 130 Millionen Euro kosten. Mit diesen 130 Millionen Euro könnten Sie in Bayern die Verbraucherschutzverbände 20 Jahre lang ausstatten, wenn ich Ihre heutigen Vorschläge zugrunde lege. Sie könnten sie 10 Jahre lang ausstatten, wenn wir die Hamburger Verbraucherschutz Ausgaben heranziehen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, hier müssen Sie umsteuern. Lassen Sie Bayern beim Verbraucherschutz vorangehen und nicht weiter hinterher hinken. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt hat Herr Kollege Kraus das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, Kolleginnen und Kollegen! In der mir verbleibenden Redezeit und in den Redebeiträgen meiner Vorgänger spiegelt sich das Verhältnis zwischen dem Umweltschutz und dem Verbraucherschutz in diesem Ministerium. Herr Kollege Dr. Hünnerkopf lobt die Verbraucherverbände, lehnt aber gleichzeitig in unserem Ausschuss alle Anträge ab, die zugunsten dieser Verbraucherverbände gestellt worden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die beiden Verbände arbeiten mit großem Idealismus und Engagement. Ihre Aufgaben werden immer vielfältiger. Wir haben noch gar nicht über das Thema Finanzen gesprochen, das in Zukunft in den Verbraucherzentralen ein Riesenthema sein wird. Ich nenne nur das Internet und die Cyber-Kriminalität. Normale Bürger bekommen Rechnungen von Anwälten und bezahlen diese Rechnungen aus Angst und Scham, weil sie nicht wissen, dass dies nur eine riesige Abzocke ist. Die Verbraucherarbeit ist für mich ein Gradmesser, mit dem man feststellen kann, wie die gut gemeinte Politik, wie Gesetze und Verordnungen, die wir in Bayern erlassen, umgesetzt werden. Wenn das so einfach wäre, würden wir diese Einrichtungen nicht brauchen.

Heute stand unter anderem in der Zeitung: In Unterschleißheim hat eine Familie einem Schlüsseldienst für eine Viertelstunde Arbeit 740 Euro bezahlt. Die Verbraucherzentrale hat diesen Fall publik gemacht, damit die Menschen solchen Firmen nicht mehr auf den Leim gehen. Wir wollten zur Stärkung der Verbraucherberatung sieben Stellen. Dies wurde abgelehnt. Wir wollten eine Verdoppelung des Prozesskostenbudgets. Gott sei Dank sind diese 100.000 Euro im neuen Haushalt drin. Wir wollten aber auch Stellen für das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz. Sobald eine hilfsbedürftige Person einmal in einem Heim ist, ist die Hemmschwelle sehr groß, sich mit dem Pflegepersonal anzulegen. Schließlich sind die Menschen froh, einen Platz gefunden zu

haben. Diese Verträge sind oft sehr fragwürdig. In Berlin wurden 25 Stichproben genommen, von denen 22 mangelhaft oder fehlerhaft waren. Ich finde es sehr schade, dass Oppositionsanträge grundsätzlich abgelehnt werden.

Am Ende meiner Redezeit möchte ich noch ganz kurz auf den Biber eingehen, weil er ebenfalls in die Zuständigkeit dieses Ministeriums fällt. Die Frau Ministerin weiß, dass wir die dafür vorgesehenen 450.000 Euro alleine in ihrem Heimatlandkreis für Biber-schäden ausgeben könnten. Leider ist auch dieser Haushaltstitel nicht erhöht worden. Im Jahr 2013 sind nur 75 % der Schäden bezahlt worden. Die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher.

Die Optimierung der Fischverträglichkeit von Kleinwasserkraftanlagen ist ein weiteres Thema, ebenso wie die Energiewende. Bei der Energiewende sind die Wasserkraftanlagen für uns ein entscheidendes Thema. Zu guter Letzt möchte ich unter Überziehung meiner Redezeit der Frau Staatsministerin einen ganz breiten Buckel und ein ganz dickes Fell beim Thema dritte Startbahn wünschen. Die Verhinderung der dritten Startbahn wäre Umweltschutz und Verbraucherschutz in Vollendung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich wünsche Ihnen in dieser Fraktion und in diesem Kabinett alles Gute und drücke Ihnen die Daumen, dass Sie Ihre bisherige Stellung beibehalten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt hat Frau Kollegin Steinberger das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verbraucherschutz scheint in Bayern keine besonders große Rolle zu spielen. In jeder Legislaturperiode wird er einem anderen Ressort zugeschlagen; früher war er beim Justizressort, jetzt ist er beim Umweltministerium angesiedelt.

Anscheinend ist der Verbraucherschutz Verfügungsmasse, um irgendein Ministerium zu komplettieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist für die Ehrenamtlichen und für die Verbände ein großes Problem.

Nun ist also das Umweltministerium zuständig. Das macht erst mal Sinn; denn gerade Umwelteinflüsse sind es, die die Gesundheit und Unbedenklichkeit unserer Lebensmittel gefährden. Zusatzstoffe und Herstellungsmethoden müssen ungefährlich sein. Der Staat hat die Aufgabe, das zu garantieren. Leider gibt es immer wieder Lebensmittelskandale, auf die der Staat reagieren muss. Die erhöhten Gehalte von Aluminium im bayerischen Nationalgebäck, in der Breze, haben uns alarmiert. Wir haben es heute schon gehört. Nun wird angekündigt, dass auf diese Überschreitung reagiert wird. Ja, genau, das ist richtig. Aber das passiert viel zu spät. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit moniert diese Überschreitungen bereits seit mindestens zehn Jahren. Wir empfehlen dazu ein Vorgehen wie in Baden-Württemberg. Dort hat man die Kontrollen verschärft und empfindliche Strafen eingeführt. Damit ist die Beanstandungsquote deutlich gesunken. Aber man findet nur dort etwas, wo man auch sucht. Das Bayerische Landesamt hat die Proben bei Gebäck und Fleisch leider zurückgefahren. Genau in diesem gesundheitsrelevanten Bereich müsste mehr passieren, nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir fragen uns auch, warum der Schwerpunkt der Probennahme ausgerechnet beim Wein gesetzt wird. Wäre es nicht sinnvoller, die vorhandenen Mittel dort einzusetzen, wo eine Gefährdung der Verbraucherinnen und Verbraucher droht? Als Beispiel möchte ich die Rückstände im Fleisch ansprechen, die viel zu wenig kontrolliert werden. Dafür reichen die Erhöhungen im Haushalt leider nicht aus. Auch im Bundesdurchschnitt schauen wir auf diesem Gebiet nicht besonders gut aus; denn nicht nur die Höhe der Mittel ist wichtig, sondern wichtig ist vor allem auch, wie diese Mittel einge-

setzt werden. Es muss auch evaluiert werden, ob diese Mittel sinnvoll eingesetzt werden. Auch das passiert zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Aber offensichtlich setzt die Staatsregierung mehr auf Öffentlichkeitsarbeit. So ist heute der Ansatz für Veranstaltungen dreimal höher als 2013.

Unser Lebensmittel Nummer 1 ist das Wasser. Sie wissen, dass unser Wasser ernsthaft in Gefahr ist. Deutschland droht gerade ein Vertragsverletzungsverfahren, weil es seinen Nitrataustrag nicht in den Griff bekommt. Aber die CSU blockiert im Schulterchluss mit der Aiwanger-Partei alle Versuche, die Überdüngung unserer Felder und damit die Auswaschung von Nitrat ins Grundwasser einzudämmen. Nicht einmal die Auswaschung von Antibiotika konnte Sie von der CSU alarmieren.

(Zuruf von der CSU)

Immer mehr Wasserversorger brauchen vom Gesundheitsamt eine Ausnahmegenehmigung, um überhaupt noch Wasser liefern zu dürfen. Aber was sagen Sie dazu? Ihre Antwort war eine Ablehnung unserer Anträge, genauso wie Sie unsere Anträge zu Bisphenol A im Spielzeug, zur Pelzkennzeichnung oder zur Gentechnik abgelehnt haben.

Der Verbraucherschutz fristet in Bayern ein Schattendasein. Zum Glück gibt es die EU, die im Verbraucherschutz gute Standards gesetzt hat. In diesem Haus wird leider viel zu oft über die EU geschimpft. Aber gerade im Verbraucherschutz haben wir ihr sehr viel verdanken.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Aus eigenem Antrieb passiert hier in Bayern leider viel zu wenig. Ehrenamt und Gesellschaft leisten einen großen Beitrag. Aber der Staat könnte wesentlich mehr tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die Staatsregierung hat jetzt Frau Staatsministerin Scharf das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin Scharf.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Ihnen, die Sie jetzt im Plenum nach diesem langen Debattentag um den Haushalt und trotz der Champions-League-Spielzeiten noch anwesend sind. Ich kann Ihnen versichern: Es gibt auch außerhalb der Allianz-Arena Grund zur Freude; dort steht es 1 : 0 für den FC Bayern.

Ich freue mich heute mit einer Mehrheit des Hohen Hauses über den Verantwortungshaushalt 2015/2016. Dieser Haushalt macht deutlich: Die Zukunft ist weiß-blau. Wir schaffen den Spagat zwischen Schuldentilgung und Investitionskraft. Wir bekennen uns zur Generationenverantwortung und zur Nachhaltigkeit. Wir beweisen einmal mehr: Der Umwelt- und Verbraucherschutz ist und bleibt Herzstück bayerischer Politik.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist zum Sehnsuchtsort für Millionen Menschen geworden, weil wir die Schöpfung bewahren und die Lebensgrundlagen erhalten. Darauf können wir stolz sein, und darauf sind wir sehr stolz.

Der Doppelhaushalt 2015/2016 ist ein Musterbeispiel hoher Haushaltskunst. Die Zahlen im Einzelplan 12 für die nächsten beiden Jahre sind 855 Millionen Euro und 865 Millionen Euro. Das ist ein starkes Bekenntnis zu einem Umwelt- und Verbraucherschutz nach Maß und ein kräftiger Aufschlag für zwei weitere erfolgreiche Jahre Politik. Wir werden für die großen Disziplinen mehr Geld zur Verfügung haben, mehr Geld für die Naturschutz- und Landschaftspflege, für den Klimaschutz, für die Umweltbildung, für den Verbraucherschutz und für Verbraucherinformationen, für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit. Trotz leichten Rückgangs durch den Wegfall von Bundesmitteln haben wir im Umwelt- und Verbraucherschutz wieder eine Top-Investitionsquote von über 30 %; ich wiederhole: von über 30 %. Wir können gerne über De-

tails reden. Aber die Wahrheit ist nicht verhandelbar. Die Wahrheit ist: Wir schreiben schwarze Zahlen für den Umwelt- und Verbraucherschutz in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Ganz oben auf unserer Agenda steht die Vorsorge. Allein für den Hochwasserschutz ermöglichen wir mit unserem "Aktionsprogramm 2020plus" 150 Millionen Euro im Jahr. Zusätzlich stellen wir jährlich 35 Millionen Euro für unser Sonderprogramm an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen bereit. Insgesamt haben wir damit ein waserbauliches Infrastrukturprogramm aufgelegt, das man getrost als historisch bezeichnen kann: 3,4 Milliarden Euro für den Hochwasserschutz der Zukunft. Hochwasserschutz in Bayern steht für eine intelligente Kombination aus natürlichem und aus technischem Rückhalt. Wir unternehmen gemeinsam mit unseren Kommunen eine gewaltige Kraftanstrengung, um den Hochwasserschutz bayernweit auf ein hundertjährliches Hochwasserereignis auszurichten. Dabei bauen wir eine Klimareserve von 15 % mit ein. Wir befreien die Flüsse durch Deichrückverlegungen und Renaturierungen aus ihrem Korsett. Auf diese Weise geben wir den Flüssen mehr Raum und schaffen natürliche Retentionsräume. Gleichzeitig schmieden wir eine Kette von gesteuerten Flutpoldern. Damit können wir beispielsweise an der Donau extreme Hochwasserwellen schnell und wirkungsvoll kappen. Wenn die Welle mit Volldampf anrollt, brauchen Sie eine Notbremse. Nichts wirkt besser als ein gesteuerter Flutpolder an der richtigen Stelle.

Für mich ist dabei entscheidend: Wir setzen unsere Hochwasserschutz-Agenda gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern um. Ich war vorletzten Freitag in Deggen-dorf zum Auftakt unseres Hochwasserdialogs. Mit dem Hochwasserdialog bringen wir alle Betroffenen an einen Tisch. Wir nehmen jede Sorge ernst. Wir garantieren volle Transparenz. Bayern hat das Patronat für Lebensqualität inne, weil wir Politik mit den Menschen machen, statt über ihre Köpfe hinweg.

(Beifall bei der CSU)

Politik mit den Menschen bedeutet auch: Wir schließen Gefahren für unsere Lebensgrundlagen aus. Die Berichterstattung der letzten Wochen hat zur Verunsicherung beim Thema Trinkwasser geführt. Ich wiederhole gerne die Position der Staatsregierung: Der Schutz unseres Trinkwassers hat oberste Priorität. Wir wollen kein unkonventionelles Fracking unter Einsatz wassergefährdender Chemikalien, solange Gefahren für Mensch und Natur nicht völlig ausgeschlossen sind. Wir pflegen in Bayern bei Risikotechnologien die umgekehrte Beweislast. Das bedeutet ein Null-Promille-Risiko für die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ein klares und unmissverständliches Nein sage ich zur grünen Gentechnik. Wir haben hier im Hohen Haus gemeinsam einige Beschlüsse zur grünen Gentechnik gefasst. Das Engagement unserer bayerischen Brauer unterstützen wir im 498. Jahr des Reinheitsgebots aus fraktionsübergreifender Überzeugung.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Lieber Herr Aiwanger, wir haben das nicht abgelehnt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Freilich!)

– Sie müssen die Voten im Petitionsausschuss interpretieren.

(Zuruf von der SPD: Umweltausschuss!)

Vor fünf Wochen haben wir mit "Fünf Jahre gentechnikanbaufrei" einen Weg gefeiert, den wir als Volksvertreter gemeinsam mit über 200 Kommunen und gemeinsam mit einer großen Mehrheit der Menschen in unserem Land mutig und geschlossen begonnen haben. Mein Appell: Gehen wir diesen Weg gemeinsam weiter! Halten wir Bayern auch in Zukunft in großer parlamentarischer Geschlossenheit gentechnikanbaufrei!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich von Vorsorge als oberstem Prinzip spreche, gilt dies insbesondere für die Lebensmittelsicherheit. Höchste Lebensmittelqualität gehört für die Menschen in Bayern zum erweiterten Grundrechtskatalog. Wir haben im

Freistaat Hunderte hoch qualifizierte Veterinäre und Überwachungsbeamte. Diese Frauen und Männer leisten eine wahre Herkulesarbeit, nämlich 150.000 Betriebskontrollen und 70.000 untersuchte Proben im Jahr. Gemeinsam mit unseren Lebensmittelproduzenten sorgen sie für ein Höchstmaß an Lebensmittelsicherheit in unserem Land.

Dazu gehört auch der gemeinsame Kampf gegen Antibiotikaresistenzen, die eine ernst zu nehmende Gefahr für jeden von uns sind. Wir wollen den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung verringern. Wir setzen die 16. AMG-Novelle nicht gegen, sondern mit Ihnen individuell, betriebsgerecht und fair um. Daher haben wir bereits in der Vergangenheit ein bundesweit einzigartiges Begleitprojekt aufgelegt, und daher stellen wir im Doppelhaushalt zielgerichtet höhere Personalmittel bereit. "Hergestellt in Bayern" ist ein Ritterschlag für jedes Lebensmittel. Unser Anspruch ist klar und lautet: höchste Qualität auch in Zukunft für ungetrübten Genuss und zum Wohle unserer Verbraucherinnen und Verbraucher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zweite Leitmotiv ist neben der Vorsorge die Verantwortung. Ich habe zu Beginn meiner Rede vom Verantwortungshaushalt 2015/2016 gesprochen. Das gilt doppelt, nämlich im Sinne der Selbstverantwortung und im Sinne der Fremdverantwortung. Wir schützen die Menschen, wo sie sich selbst nicht schützen können, zum Beispiel durch unsere Gewerbeaufsicht. Wir unterstützen sie als eigenverantwortliche, mündige und selbstbewusste Verbraucher auf Augenhöhe.

Kern unserer Verbraucherpolitik sind schnelle Information, gute Verbraucherbildung und effektive Rechtsetzung. Wir arbeiten eng und erfolgreich mit der Verbraucherzentrale und dem Verbraucherservice in Bayern zusammen. Deswegen freue ich mich über zusätzliche Mittel, die wir im Verbraucherschutz ausweisen. Das Plus von 200.000 Euro ist zwar kein Königreich; aber es ist Ausdruck unseres klaren Willens, den Verbraucherschutz in Bayern auf hohem Niveau weiterzuführen. Den Berichterstattem für unseren Einzelplan und dem Hohen Haus sage ich meinen ganz herzlichen Dank für dieses klare Signal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Königsdisziplin der Verantwortung ist der Naturschutz. Seit Alfons Goppel beruht Regierungshandeln in Bayern auf dem Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Respekt vor der Schöpfung. Die Gründung des ersten Umweltministeriums der Welt wurde in diesem Hohen Haus vor 44 Jahren beschlossen. Daher ist ein kapitaler Mittelansatz für den Naturschutz in Bayern fast schon Ehrensache. 6,2 Millionen Euro mehr im Doppelhaushalt sind ein Paukenschlag für Vielfalt und Artenreichtum. Das sind gute Nachrichten für gefährdete Tiere und Pflanzen, die wir mit unserem Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 schützen wollen, gute Nachrichten für unsere Landwirte, die sich über den Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege engagieren, und gute Nachrichten für alle ehren- und hauptamtlichen Helfer. Sie sind die Seelen des Naturschutzes in Bayern.

Wir finanzieren unsere Gebietsbetreuer – das ist besonders erfreulich – über den Wegfall der EU-Mittel hinaus. Die Gebietsbetreuer sind Multiplikatoren aus Lust und Leidenschaft und für das Erleben unserer bayerischen Naturheimat unverzichtbar. Wir unterstützen sie aus Überzeugung direkt und indirekt durch ein sattes Plus bei der Umweltbildung.

Der Erfolg bayerischer Umweltpolitik – das liegt mir beim Thema Nachhaltigkeit am Herzen – ist ein Erfolg durch Kooperationen. Wir setzen auf Freiwilligkeit und Überzeugung. Der Umweltpakt Bayern wäre nicht eine der erfolgreichsten Umweltvereinbarungen der Welt, wenn Zwang und Dirigismus unsere Mittel wären. Mein fester Wille lautet: Fortsetzung des Umweltpakts auch nach 2015. Mein herzlicher Dank geht an Sie alle für die neuerliche Verankerung des Umweltpakts auf dem gewohnt hohen Niveau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche von Verantwortung erstens beim Verbraucherschutz, zweitens beim Naturschutz und drittens beim Klimaschutz. Klimaschutz ist Generationenverantwortung. Wir wollen den Klimaschutz durch Top-Ergebnisse im eigenen Land und als Lokomotive für den internationalen und den nationalen Kontext doppelt vorantreiben. Deswegen unser hoch ambitioniertes Ziel – Stichwort

"Zweitonnenziel" –, deswegen unsere breit angelegte bayerische Klimaallianz – einige von Ihnen haben erst vor Kurzem mit mir gemeinsam zehn Jahre erfolgreiche Arbeit gefeiert –, und deswegen die zusätzlichen Mittel für unser Klimaprogramm. Fast 170 Millionen Euro stehen im Doppelhaushalt für das Klimaprogramm 2050 bereit, 170 Millionen Euro für die drei Säulen Emissionsminderung, Folgenanpassung und internationale Spitzenforschung. Die 170 Millionen Euro sind bestens angelegtes Geld von der Klimatechnologie bis hin zur Moorrenaturierung.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Klimaprogramm Bayern 2050 steht wie vieles andere beispielhaft für den Geist des Doppelhaushalts. Es ist der Geist der Zukunftskraft und der Geist der Verantwortung über das Hier und Heute hinaus. Ich sage: Glückliche Politik für seine Heimat auf diese Weise gestalten kann. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Unterstützung, und ich danke Ihnen besonders für Ihre Aufmerksamkeit und für das jetzt volle Plenum.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte hier! Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn. Bitte, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, vorab eine Bemerkung zu den 150 Millionen Euro für den Hochwasserschutz. Wir sollten keinen Etikettenschwindel betreiben: Darin sind die kommunalen Gelder für den Hochwasserschutz enthalten.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Mein zweiter Punkt betrifft ebenfalls den Hochwasserschutz. Das Programm Verwaltung 21 läuft auch bei den Wasserwirtschaftsämtern und beim Hochwasserschutz weiter. Das heißt, es gibt weiter Stellenabbau und einen Verlust von qualifiziertem Personal. Sie ersetzen es durch kurzfristige Projektstellen. Ich möchte von Ihnen gerne wissen, wie Sie in Zukunft das Personal haben wollen, das Sie brauchen, um die wich-

tigen Aufgaben im Bereich der Wasserwirtschaft und des Hochwasserschutzes abzubilden.

Als Drittes und Letztes zu den Naturparks. Vor einigen Wochen gab es eine Tagung des Verbandes der Naturparke. Da waren auch CSU-Kollegen aus dem Landtag anwesend. Die Vertreter von Verbänden und Naturparks – auch viele Landräte von der CSU waren anwesend – haben die Bitte geäußert, mehr Geld zu bekommen, weil die Mittel hinten und vorne nicht reichen. Was haben Sie gemacht? – Sie geben ihnen nicht mehr Geld, sondern Sie rutschen noch mit der pauschalen Kürzung um 66.000 Euro darüber. Sie subventionieren die künstliche Beschneidung. Ich frage Sie: Wollen Sie die Naturparke in Bayern am ausgestreckten Arm verhungern lassen? – Es geht immerhin um 30 % der Landesfläche und um ein sinnvolles Konzept für naturverträglichen Tourismus.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Kollege, vielen Dank für Ihre Nachfragen. Wir können hier über vieles reden, auch über viele Details. Ich wiederhole noch eine Zahl: 3,4 Milliarden Euro sind in unserem Aktionsprogramm für den Hochwasserschutz in Bayern vorgesehen. Wir können immer "mehr, mehr, mehr" fordern, aber Regierungsverantwortung sieht anders aus. Wir legen einen Haushalt vor, der generationengerecht und nachhaltig ist. Ich sage Ihnen gern noch einmal: mehr Geld für den Naturschutz, für die Landschaftspflege, für Klima, für Umweltbildung, für Verbraucherschutz, für Lebensmittelsicherheit, für Tiergesundheit; Top-Investitionsquote, herausragend in Deutschland.

(Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Doch, doch, manches muss man wiederholen; in der Wiederholung liegt die Kraft. – Vor allen Dingen, Herr Kollege, mehr Personal an den richtigen Stellen. Das sind die Fakten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3848 bis 3863, 3881, 3976, 3977 und 4030 bis 4037 sowie die Empfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4604 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3852 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 21.52 bis 21.57 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Bitte nehmen Sie jetzt die Plätze ein; ich möchte in der Abstimmung fortfahren.

(Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich brauche für die Abstimmung Übersicht.

Wir führen zwischenzeitlich die von der SPD-Fraktion beantragte gesonderte Abstimmung in einfacher Form über den Änderungsantrag auf der Drucksache 17/3862 durch. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt

die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt. – Jetzt brauche ich eine kurze Unterbrechung, bis ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben kann.

(Unterbrechung von 21.59 bis 22.00 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Erhöhung des Biberfonds", Drucksache 17/3852, bekannt. Mit Ja haben 52, mit Nein haben 86 Abgeordnete gestimmt. 15 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 19)

Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4604 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Für die Schlussabstimmung wurde namentliche Abstimmung beantragt. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 12 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 22.01 bis 22.04 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt. Wir fahren zwischenzeitlich in der Tagesordnung fort.

(Unruhe)

In der Tagesordnung fortzufahren bedeutet, dass ich Sie bitte, die Plätze einzunehmen. Nehmen Sie jetzt bitte die Plätze ein! Bitte, wir schaffen es doch noch.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 08 bekannt. Mit Ja haben 86, mit Nein haben 68 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 18)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4596 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3566 bis 17/3570, 17/3625, 17/3696 und 17/3759 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen. Vielen Dank.

(Zurufe: Einzelplan 12!)

– Das war Einzelplan 08, liebe Kolleginnen und Kollegen. Über Einzelplan 12 sprechen wir noch, wenn ich das Ergebnis vorliegen habe.

(Zuruf: Es kommt schon!)

Jetzt darf ich das Ergebnis der Abstimmung zum Einzelplan 12 bekannt geben. Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 67 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 20)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnungen vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 21)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD und Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4604 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3976 und 17/3977 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen. Vielen Dank.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Erhöhung des Biberfonds (Kap. 12 04 Tit. 547 72) (Drucksache 17/3852)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker				Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig			X
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert		X		Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus			X	König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	86	15

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 12: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (Drucksache 17/4604)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin		X	
Bauer Volker				Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar		X	
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut	X			Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander	X			Kamm Christine			
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette		X	
Füracker Albert	X			Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	84	67	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucherschutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3848
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung ausbauen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3849
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3850
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung im Pflegebereich endlich ermöglichen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3851
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung des Biberfonds
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 17/3852
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse an Naturparkvereine
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/3853
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unbefristete Stellen: Kormoranbeauftragte
(Kap. 12 09 Tit. 428 73)
Drs. 17/3854
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/3855
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Härtefallbudget für Kommunen zur Unterbringung und Pflege von Fundtieren
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/3881

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherschutz – Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts- und Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3856
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3857
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 3 Millionen Euro mehr für den Schutz der Natura 2000-Gebiete
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/3858
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/3859
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Artenschutz und Biodiversität
(Kap. 12 04 TG 71 - 72)
Drs. 17/3860
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzmittel für die Kastration und Kennzeichnung freilebender Katzen
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/3861
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/3862
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstetigung von 50 Stellen für Wasserwirtschaftsämter zur Bewältigung der Folgen des Hochwassers 2013
(Kap. 12 77 Tit. 428 70)
Drs. 17/3863
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ) in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/4030
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes, der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und der Bezüge zur Bionik
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/4031
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/4032

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasser-
rahmenrichtlinie
(Kap. 12 09 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 17/4033
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 17/4034
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sicherung der Wasserversorgung und
Schutz des Grundwassers
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/4035
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zum Bau von Trinkwasser-
brunnen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97 und 887 97)
Drs. 17/4036
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zum Bau von Abwasseranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 887 98 und 893 98)
Drs. 17/4037